NACHRICHTEN
Österreich

Macron bleibt im Amt und kündigt neuen Premierminister an

Frankreichs Präsident Macron weicht Rücktrittsforderungen aus und plant, in Kürze einen neuen Premierminister zu ernennen, während sich die politische Krise weiter verschärft.

Der umstrittene französische Präsident **Emmanuel Macron** kündigte in einer kämpferischen, im Fernsehen übertragenen Ansprache an Donnerstag an, dass er in den kommenden Tagen einen neuen Premierminister ernennen wolle. Diese Mitteilung dürfte jedoch wenig zur Entspannung der sich vertiefenden politischen Krise beitragen.

Politische Turbulenzen und Abwahl von Barnier

Macron sprach einen Tag nachdem Premierminister Michel Barnier **von den Abgeordneten abgesetzt wurde** in einem Misstrauensvotum. Der Präsident wehrte sich gegen die Forderungen, zurückzutreten, und versuchte stattdessen, die Schuld auf die linken und rechtsextremen Fraktionen zu schieben, die sich zusammengeschlossen hatten, um Barnier zu stürzen.

Scharfe Kritik an der extremen Rechten

Macron äußerte sich in scharfen Worten über die rechtsextreme National Rally, deren Anführerin Marine Le Pen eine Opposition gegen Macron organisiert hat und sich verpflichtet hat, seine Agenda zu torpedieren. “Die extreme Rechte und die extreme

Linke haben sich in einem anti-republikanischen Bündnis vereint”, sagte Macron über die Mittwoch-Abstimmung gegen Barnier, die ein Vakuum in der französischen Politik geschaffen und die Versuche gefährdet hat, einen umstrittenen Haushalt zu verabschieden.

Die Rolle von Barnier und der neue Kurs

Barnier wird bis zur Ernennung einer neuen Regierung kommissarisch im Amt bleiben, teilte Macrons Büro mit, nachdem der Präsident seinen Rücktritt am Donnerstag akzeptierte. „Seien wir ehrlich, sie denken nur an eines: die Präsidentschaftswahl“, sagte Macron über Le Pens Partei und behauptete, ihr „zynischer“ Ansatz habe „ein Gefühl von Chaos“ im Land ausgelöst.

“Sie haben ihre eigenen Wähler beleidigt und sich einfach für das Unordnung entschieden”, fügte er hinzu. „Von heute an beginnen wir mit einer neuen Ära“, erklärte Macron der französischen Öffentlichkeit und betonte, dass die Nationalversammlung „die Pflicht hat, das zu tun, wofür sie gewählt wurde“ und im „Dienst des französischen Volkes“ zu handeln.

Herausforderungen für Macrons neue Ära

Es gibt jedoch kaum Anzeichen dafür, dass die neue Ära für Macron reibungsloser sein wird als die letzte. Wer auch immer er als Premierminister auswählt, muss von einem scharf gespaltenen Parlament genehmigt werden, in dem er von beiden Flügeln vehementen Widerstand erwartet.

Macron befindet sich in der Mitte seines zweiten und letzten Amtszeit als Präsident, aber die Ergebnisse der vorgezogenen Wahlen, die er im Juni ausgerufen hat, haben die letzten Phasen seiner Amtszeit erheblich kompliziert und seine Autorität sowohl im Inland als auch im Ausland geschwächt.

Budgetmassnahmen und politische Aussichten

Eine weitere vorgezogene Wahl ist nicht möglich, da das aktuelle Parlament bis Juni 2024, ein Jahr nach der letzten Wahl, tagen muss. Nachdem Macron versucht hatte, beide Fraktionen im Parlament durch die Wahl Barnier im September zu besänftigen, könnte er nun einen Flügel stärken und den anderen entfremden.

Seine Rede zeigte wenig Bereitschaft, auf Le Pen einzugehen. Doch die Anführerin der National Rally bekräftigte am Donnerstag, dass sie jeglichen Versuch ablehnen werde, ihren Flügel im Parlament auszuschließen, und sagte **dem französischen Netzwerk CNews**: “Wir haben unsere Meinung nicht geändert: Wir sind gegen einen linken Premierminister.”

Ein Haushalt muss zudem vor einer Frist am 21. Dezember verabschiedet werden. Sollte diese Frist versäumt werden, könnte die Regierung dennoch ein „Gesetz zur fiskalischen Kontinuität“ erlassen, das eine Regierungsschließung vermeidet, indem es der Regierung erlaubt, Steuern zu erheben und Gehälter zu zahlen, wobei die Ausgaben auf dem Niveau von 2024 gedeckelt sind, so die Credit-Rating-Agentur S&P Global Ratings.

Historische Abwahl und finanzpolitische Herausforderungen

Barnier ist die erste französische Regierung, die seit 1962 in einem Misstrauensvotum abgewählt wurde. Sein vorgeschlagener Finanzierungsplan, der zu seinem Sturz führte, umfasst Steuererhöhungen und Haushaltskürzungen in Höhe von 60 Milliarden Euro (63 Milliarden Dollar), um das Haushaltsdefizit des Landes im nächsten Jahr auf 5% zu senken, laut den Berechnungen der Regierung.

Einige dieser Maßnahmen sind bei den Oppositionsparteien äußerst unbeliebt, wie etwa die Verzögerung von Rentenanpassungen an die Inflation.

Details

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at